

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Gäste,

auch 27 Jahre seit der Einheit müssen wir auf die Straße gehen, um uns für gleiche Löhne in Ost und West sowie für gute Arbeit und gute Löhne geradezumachen.

Denn nach fast 30jährigem Leben in einem geografisch geeinten Land sind wir immer noch sehr weit davon entfernt, tatsächlich in einem geeinten Land zu leben. Wir leben in einem sozial gespaltenen Land, in dem es

- keine gleichen Renten,
- keine gleichen Löhne und Gehälter und
- keine gleichen Ausbildungsvergütungen gibt.

Mehr denn je wird deutlich, dass wir in einer Zweiklassengesellschaft leben: zum einen in der Westgesellschaft erster Klasse und zum anderen im abgehangenen Osten zweiter Klasse.

Aber auch deutschlandweit geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander.

Und genau dagegen stehen wir auf und zeigen, dass wir diese Spaltung nicht dulden, dass wir jegliche Spaltung ablehnen.

Wir waren in dieser Woche als Fraktion mit unserer Landtour „Gute Arbeit – Gute Löhne“ unterwegs, in Stralsund, in Schwerin, in Wismar, Parchim oder hier in Rostock.

Wir waren gemeinsam unterwegs.

So, wie wir uns in den ersten Monaten der neuen Legislaturperiode gemeinsam in einer neuen Fraktion gefunden haben.

Wir sind zwei Mal Opposition.

Zum einen stehen wir deutlich und unmissverständlich in Opposition zur Regierungskoalition aus SPD und CDU.

Zum anderen sind wir Opposition zur Opposition der AfD, mit der uns überhaupt nichts verbindet.

Sie bejammert lediglich herrschende Zustände, wir legen Konzepte vor, mit denen zum Beispiel der soziale Wohnungsbau gefördert oder in den ländlichen Regionen wieder mehr Leben ermöglicht werden kann.

Das Wissen der AfD-Fraktion beschränkt sich häufig auf alternative Fakten, wir erarbeiten Strategien.

Sie nennt sich Alternative, wir haben die Alternativen.

Unsere Fraktionsarbeit bringt uns Achtung entgegen, wir werden gehört und wahrgenommen, weil wir beharrlich neue Themen setzen und bekannte Schwerpunkte nicht aus den Augen verlieren.

Wir sind 11.

Wir sind eine Mannschaft, die an einem Strang zieht, die auf Eigentore verzichtet, die nach vorn stürmt, aber auch gut verteidigt.

Ich danke unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Namen der Fraktion für ihre oft kraftraubende und umsichtige Arbeit und dafür, dass sie unsere große Stütze sind.

Selbstverständlich gilt mein Dank auch meinen Fraktionskolleginnen und Fraktionskollegen.

Danke an Jeannine, Mignon, Karsten und Jacqueline, an Helmut, Eva-Maria, Karen, Torsten und an Wolfgang.

Und ganz besonders möchte ich dir, lieber Peter, danken.

Wir können nur so kreativ und zielstrebig arbeiten, weil du als Parlamentarischer Geschäftsführer und als Freund über uns wachst und ein gerüttelt Maß dazu beiträgst, dass wir eine Mannschaft sind, und zwar eine ganz tolle.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

„Für ein sozial gerechtes Leben in Mecklenburg-Vorpommern“ – das ist unser Programm für die kommende Zeit.

Wir wollen einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat.

Und genau dafür machen wir unsere Politik.

Wir haben in jedem einzelnen Bereich unserer Arbeit aufgezeigt, welche Schwierigkeiten es gibt und unsere Lösungsvorschläge unterbreitet und sie in diesem Programm zusammengefasst und veröffentlicht.

Natürlich mussten wir uns dann auch dem immer wiederkehrenden Vorwurf der Regierung aussetzen, dass wir Linken immer nur Geld ausgeben wollen, das gar nicht da sei.

Das eine stimmt: Wir wollen Geld ausgeben – Geld für mehr Arbeitsplätze, für mehr Erzieherinnen und Erzieher, für zusätzliche Richter, Rechtspfleger, für mehr Polizisten und Lehrkräfte. Wir wollen es ausgeben für ein sozial gerechtes Leben in Mecklenburg-Vorpommern.

Aber, dass das Geld nicht da sein soll, das ist eine dreiste Lüge: 1 Milliarde Euro in der Rücklage, jährliche Steuermehreinnahmen von hunderten Millionen.

Allerdings für genau die besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen gibt die Landesregierung dieses Geld nicht aus, sondern sie finanziert sich damit auch gerne ihre Spielwiesen.

Erwin Sellering und der CDU-Mitregent Lorenz Caffier verschleudern das Geld der Mecklenburger und Vorpommern für zusätzliche Stellen für SPD- und CDU-Parteifreunde, die den Einzug in den Landtag nicht geschafft haben.

Eine Stelle hier, eine Stelle da – da sind ruckzuck 1,5 Millionen Euro pro Jahr zusammen.

Für 1,5 Millionen Euro könnten jährlich 40 Schulsozialarbeiterstellen dauerhaft geschaffen und gesichert werden.

Aber nein, im Gegenteil, um sich den Selbstbedienungsladen zu finanzieren, hat die Koalition 100 Schulsozialarbeiterstellen gestrichen und sie den Kommunen übergehalst.

Diese Regierung hat jegliche Bodenhaftung verloren.

SPD und CDU spielen Monopoly mit dem Geld, was ihnen nicht gehört.

Sie verkaufen Straßen, statt sie zu sanieren.

Sie privatisieren Krankenhäuser, statt die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum zu sichern.

Sie verdrängen die fast 30.000 Langzeitarbeitslosen, statt einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor zu schaffen.

Der Ministerpräsident kümmert sich nur um die Vereinbarkeit seiner Familie mit seinem Beruf und dem seiner Frau, wenn er sie an den Landesrechnungshof holt, der unter anderem seine Arbeit kontrolliert.

Erwin Sellering sorgt dafür, dass weder er noch seine Frau mit dem Kind alleine sind, statt sich um die tausenden Alleinerziehenden zu kümmern, denen das Wasser bis zu Hals steht.

Die Landtagspräsidentin Bretschneider finanziert sich einen zweiten Dienstwagen, statt endlich die kostenlose Schülerbeförderung zu finanzieren.

Die Regierung setzt einen Staatssekretär für Vorpommern ein, statt ein Regionalbudget für die ländlichen Räume auf den Weg zu bringen.

Wir brauchen keine Beruhigungsspielle Dahlemand, wir brauchen eine nachhaltige und überzeugende Politik für die ländlichen Räume, die Regionen gestaltet, statt sie abzuhängen.

Der Innenminister Caffier versorgt seinen Kumpel und ehemaligen Polizisten Silkeit mit einer Stelle ohne Aufgabe im Innenministerium, statt endlich seiner Aufgabe nachzukommen, und insgesamt zusätzliche Stellen für mehr Polizistinnen und Polizisten und deren Ausbildung zu schaffen.

Der Finanzminister verfügt bei dem Mecklenburg-Vorpommern-Monopoly selbstgerecht über die Bank, statt mit diesem Geld endlich die Kommunen so auszustatten, dass sie lebenswerte und lebensfähige Orte sind, die ihre Aufgaben garantiert und gut erledigen können.

Die Bildungsministerin achtet hauptsächlich darauf, dass ihre Balance zwischen Arbeit und Freizeit niemals zu Ungunsten der Freizeit ausschlägt, statt sich um die Reduzierung der Arbeitszeit und die fehlende Freizeit der Lehrkräfte zu kümmern.

Denn in keinem anderen Bundesland arbeiten Berufsschullehrer mehr als in MV, kein anderes Bundesland hat sich so sehr über die Erhöhung der Arbeitszeit der Lehrer saniert wie MV.

Es ist nicht das Verdienst der Koalition, dass das Land keine neuen Schulden aufnehmen muss und Schulden tilgen kann.

Es ist das Verdienst der Richter, Polizisten, Lehrkräfte. Es ist ein Verdienst der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber kein Verdienst von SPD und CDU.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie wichtig ist soziale Gerechtigkeit für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, für die Frauen, Männer, Kinder und Jugendlichen in der Bundesrepublik?

Für mehr als 50 Prozent der Befragten war bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern im vergangenen Jahr die Frage der sozialen Gerechtigkeit wahlentscheidend.

Und fast 80 Prozent der Frauen und Männer trauen es uns zu, Antworten auf diese brennende Frage zu geben.

Uns.

Uns im Bundestag, im Landtag, in den Kreistagen, Bürgerschaften und anderen kommunalen Vertretungen. Das ist **unser** Platz, das ist **unsere** Aufgabe.

Dessen müssen wir uns bewusst sein, wenn in den nächsten Monaten von SPD und CDU wieder Erwartungen geweckt werden, und sich ihre Reden, Ankündigungen und Versprechungen genau um dieses Thema ranken werden.

Immer wieder das Gleiche: Vor Wahlen ploppt das Thema von gerechten Löhnen, gerechten Bildungschancen, gerechten Renten, gerechter Familienarbeitszeit immer wieder auf.

Seit wie vielen Jahren hören wir das?

Seit wie vielen Jahren spricht die Koalition davon, gebührenfreie Kitas einzuführen, gegen den Missbrauch von Leiharbeit vorzugehen oder den sachgrundlosen Befristungen den Garaus zu machen?

Immer wieder wird es versprochen, wird mehr soziale Gerechtigkeit versprochen.

Aber warum kann man den Frauen und Männern immer wieder das Gleiche versprechen?

Weil diese Versprechungen und Ankündigungen, die sich so gut anhören, die ein soziales und gerechtes Leben für zahlreiche Familien, Rentnerinnen und Rentner, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ermöglichen sollen, oft nur Versprechungen und Ankündigungen bleiben.

Ich möchte euch das an zwei Beispielen verdeutlichen:

Das erste Beispiel ist das Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2013.

Folgende Versprechen wurden bereits 2013 gemacht:

- Verbot der sachgrundlosen Befristungen;
- Einführung der Vermögenssteuer, um den Ländern die notwendigen Investitionen zu ermöglichen;
- Besteuerung der Kapitaleinkünfte mit 32 Prozent;
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit – auch bei Leiharbeitern gegenüber den festangestellten Kolleginnen und Kollegen;
- Einführung einer Familienarbeitszeit, die es Eltern erlauben sollte, ihre Arbeitszeit befristet partnerschaftlich zu reduzieren, und
- ein einheitliches Rentensystem wollte die SPD bis 2020 eingeführt haben.

Diese Versprechungen hörten wir 2013 und diese gleichen Versprechungen hören wir 2017.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf die Situation der alleingelassenen Alleinerziehenden.

Vor 12 Jahren betonte die damalige Familienministerin Renate Schmidt: „Hier müssen wir unbedingt noch mehr tun.“

Das war vor 12 Jahren.

Die Worte bleiben.

Die Ministerinnen kamen und gingen.

Denn auch die Nachfolgerin Ursula von der Leyen verkündete: **„Wir müssen die Kinderbetreuung so verbessern, dass Alleinerziehende die Jobs machen können, die ihnen angeboten werden.“**

Und von der Leyens Nachfolgerin, Kristina Schröder, versprach wiederum vier weitere Jahre später, **„bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, insbesondere für Alleinerziehende, zu schaffen.“**

Vor mehr als drei Jahren nun äußerte sich die derzeitige Familienministerin Manuela Schwesig: **„Wenn es Spielräume im Bundeshaushalt gibt, müssen wir vor allem Alleinerziehende und die Familien mit kleinen Einkommen entlasten.“**

Seit 12 Jahren die gleichen Forderungen von Ministerinnen unterschiedlicher Parteien – und keine Änderung ist in Sicht.

Sie reden und reden und genau in dieser Zeit der leeren Versprechungen und des Nichtstuns fällt fast die Hälfte der Alleinerziehenden in Armut.

Mutter ohne Partner oder Vater ohne Partnerin zu sein bedeutet in den meisten Fällen: Abstieg in die Armut.

Es ist schlicht unmöglich, dass eine alleinerziehende Verkäuferin in Vollzeit arbeiten kann, da sich ihre Arbeitszeit oft nicht mit den Öffnungszeiten der Kita verträgt.

Sie kann eventuell in Teilzeit arbeiten.

Und weil sie all diese Hindernisse dann auf sich nimmt, muss sie trotz Arbeit aufstocken, fällt sie trotz Arbeit in die Armut.

Die Mieten sind in den vergangenen Jahren, auch hier in Rostock, um 20 Prozent gestiegen – die Löhne nicht.

Die Kitagebühren steigen unaufhaltsam – die Löhne nicht.

Die Preise für Bus und Bahn steigen – die Löhne nicht.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

es geht nicht sozial und nicht gerecht zu in Mecklenburg-Vorpommern.

Es geht nicht sozial und nicht gerecht zu in Deutschland.

Denn es ist ungerecht, dass weiterhin die Herkunft eines Kindes und das familiäre Umfeld darüber entscheiden, welchen Schulabschluss einem Kind zugestanden wird.

Und dass trotz gleicher Leistungen.

Es ist ungerecht, dass Frauen ca. 20 Prozent weniger verdienen als Männer.

Es ist ungerecht, dass 45 Arbeitsjahre oft nicht genügen, um eine Rente zu erhalten, von der man leben kann.

Es ist ungerecht, dass vom Mindestlohn auch noch Hunderte Euros für Krippe oder Kita bezahlt werden müssen.

Und es ist ungerecht, dass sich die Bildungschancen eines Kindes im Verhältnis zum Einkommen seiner Eltern erhöhen.

Wir wollen endlich eine soziale Politik, eine gerechte Politik und zwar jetzt.

Denn die Frage der sozialen Gerechtigkeit ist für uns nicht nur eine wichtige Frage, sondern sie ist die zentrale Frage.

Sie müssen wir beantworten, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft nicht weiter zerbröckeln zu lassen.

Wer sich ungerecht behandelt fühlt, wird nicht zum Zusammenhalt beitragen.

Wir müssen dafür streiten, dass Vermögen, dass Reichtum endlich ausreichend und überhaupt besteuert wird.

Würden wir nur allein die Vermögensteuer wieder erheben, würde Mecklenburg-Vorpommern über 200 Millionen Euro jährlich zusätzlich zur Verfügung stehen.

Für 200 Millionen jährlich könnten wir für alle Kinder die Kitas kostenfrei machen.

Und es würde sogar noch Geld übrigbleiben, um in Mecklenburg-Vorpommern die Lehrerarbeitszeit von 27 auf 25 Stunden zu senken.

Dann wären die Arbeitsbedingungen im Übrigen attraktiv und wir hätten nicht die enormen Probleme, um Lehrkräfte für unser Land zu gewinnen.

Mecklenburg-Vorpommern könnte aber auch für einen Teil der 200 Millionen jährlich einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor schaffen und somit die Langzeitarbeitslosigkeit nachhaltig bekämpfen.

- Man müsste Kunst und Kultur nicht kaputtsparen,
- die Schulsozialarbeit müsste nicht jährlich auf tönernen Füßen gestellt werden,
- die Beratungsstellen können so ausgebaut werden, dass sie überall den Frauen und Männern helfen könnten,
- der Sanierungsstau an den Schulen und auf den Straßen könnte nach und nach abgebaut werden und
- wir müssten keine Verteilungskämpfe bei den Kommunen anzetteln.
- Die Feuerwehren würden nicht nur im Wahljahr mit Förderbescheiden beglückt,
- wir könnten Wohnungen bauen mit bezahlbaren Mieten,
- wir könnten Bibliotheken erhalten und
- die Infrastruktur stärken

Kurzum: Es ist nicht unmöglich, es ist machbar, es ist notwendig und unsere Pflicht, diese Gesellschaft zusammenzuhalten.

Denn so lange man ein Luxusleben auch noch von der Steuer absetzen kann, statt für Luxus Steuern zu zahlen, so lange ist die Gesellschaft gepalten.

Liebe Genossinnen,

liebe Genossen,

wir positionieren uns klar für soziale Gerechtigkeit.

Wir lehnen es ab, lediglich die hart arbeitenden Menschen vors Loch zu schieben, in der Hoffnung, dass es die Frauen und Männer nicht merken werden.

Der Mantel des selbsternannten Heiligen Martin wird gar nicht geteilt, sondern er ist der Mantel aus dem Märchen „Des Kaisers neue Kleider“.

Er ist ein Mantel aus dem Nichts, denn alles wird genauso bleiben, wie es ist:

Die Reichen werden immer reicher und die Armen werden immer zahlreicher – trotz harter Arbeit.

Denn in den letzten Jahren und Jahrzehnten wurde von SPD und CDU weder im Bundestag noch im Landtag so gehandelt, wie sie es versprochen haben.

Sie haben statt Versprechungen einzuhalten dieses gebrochen.

Denn wir stellten im Landtag den Antrag, wirksame Maßnahmen gegen Armut und Armutsgefährdung einzuleiten – SPD und CDU lehnten ihn ab.

Wir wollten, dass die Landesregierung im Bundesrat gegen die Hartz-IV-Rechtsverschärfungen stimmt – SPD und CDU lehnten diesen Antrag ab.

Wir wollten große Vermögen besteuern – SPD und CDU lehnten diesen Antrag ab.

Im Bundestag waren es die Linken, die Managergehälter begrenzen wollten, die die Renteneinheit verwirklichen wollten und die Alleinerziehende entlasten wollten – das alles wurde durch CDU und SPD abgelehnt.

Stattdessen wurden in den vergangenen 18 Jahren Hartz IV eingeführt, die Rente gekürzt, die Mehrwertsteuer erhöht, die Reichensteuer verringert und die Leiharbeit salonfähig gemacht.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit.

Uns sprechen die Frauen und Männer genau auf diesem Gebiet die höchste Kompetenz zu.

Uns trauen sie es zu, dafür zu sorgen, dass ihr Leben, unser Leben ein sozial gerechtes werden kann.

Machen wir weiter. Streiten wir weiter: Sozial – gerecht – für alle.